

Merseburger Zeitung Kreisblatt Merseburger Kurier

Merseburger Zeitung

Kreisblatt

Merseburger Kurier

Verlagspreis monatlich RM 2.10 durch Deutsches Reich, durch die Post RM 2.40 ohne Postgebühr. - Abnehmerlisten monatlich RM 1.00. - Ringelbogenlisten (Sonderz.) (Sonderz.) in Ostpreußen RM 1.20. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00.

Verlagspreis für 4. Quartale, einschließlich 10 Pf. Postgebühr, einschließlich 10 Pf. Postgebühr, einschließlich 10 Pf. Postgebühr. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00.

Verlagspreis für 4. Quartale, einschließlich 10 Pf. Postgebühr, einschließlich 10 Pf. Postgebühr, einschließlich 10 Pf. Postgebühr. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00. - Die Jahressubskription (Sonderz.) beträgt RM 24.00.

Mit den amtlichen Bekanntmachungen des Stadt- und Landrates Merseburg. Einzelpreis 15 Kpf. Merseburg, Freitag, den 18. Oktober 1929 Nummer 245

Fort mit dem System Grzesinski!

Neues in Kürze.

Der Vorhänger der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Dr. Jüngerberg, hat heute einen Aufruf an die Mitglieder und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei erlassen, in dem er sich gegen die Kumborgungen der Reichsregierung zum Volksbegehren wendet und zur Einreichung in die Listen für das Begehren auffordert.

Volkspartei gegen Stahlhelmverbot und Beamtenentrenchung.

Die Deutschnationalen rufen den Staatsgerichtshof an.

Reichsminister des Innern das Volksbegehren als ungesetzlich zurückweisen müssen. Es kann also im Deutschen Reich kein Wahlberechtiger in irgendeiner Form benachteiligt werden, der in Verfolg seiner staatsbürgerlichen Rechte sich an der verfassungsmäßig zugelassenen Aktion des Volksbegehrens beteiligt. Das Vorgehen der preussischen Staatsregierung ist demnach nichts anderes als ein plumper Einschüchterungsversuch gegen die Beamtenchaft. Wir haben den Staatsgerichtshof angezweifelt, um durch sein Urteilstellungsbefehl das Recht jedes Beamten, sich an Volksbegehren einzusetzen, ausdrücklich festzustellen. Abgeordneter Hefemann (Wirtschaftspartei) erklärte, trotz der ablehnenden Stellung seiner Partei gegenüber dem Youngplan halte sie das Volksbegehren für ein ganz unangelegenes Mittel. Eine Bedrohung der Beamtenchaft mit Disziplinarverfahren sei ebenso zu verwerfen. Die Ministerreden gegen das Volksbegehren und die Haltung des Stahlhelms seien ungesetzlich und unfähig. Sie gäben dem Auslande ein ganz falsches Bild von den Zuständen und Strömungen im deutschen Volke. Die preussische Regierung habe es in den letzten Jahren häufig an nationalem Taft fehlen lassen, und weite Kreise von der Mitarbeit abgesehen. Die Wehrverbände einschließlich Stahlbanner hätten in ihrer heutigen Annahme und Betätigung keine Berechtigung. Abgeordneter Wiestler (Deutsche Fraktion) betonte, die preussische Staatsregierung habe die Beamten nicht als ungesetzlich und unfähig betrachtet. Die preussische Staatsregierung habe die Beamten nicht als ungesetzlich und unfähig betrachtet. Die preussische Staatsregierung habe die Beamten nicht als ungesetzlich und unfähig betrachtet.

Eine Rechtsregierung?

Auffallende Rede des Zentrumsvorherrn. In Dortmund führte in einer stark besetzten öffentlichen Versammlung der Vorhänger der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Raas, über die politische Lage u. a. aus: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dann steht uns ein Winter von höchster Spannung und Kampfen bevor. Statt uns in einer Phase heftiger Enttäuschungen zu finden, trifft er uns in einem Zustand innerer Zerrissenheit und Verflüchtung, wie wir ihn seit Jahren in diesem Ausmaß nicht zu erreichen hatten. Charakteristisch ist der Mangel einer innerlich ausgeglichener Regierung. Mehr als je richten wir mit Nachdruck die Aufmerksamkeit auf die führenden Anhänger der Regierungsgewalt, die der Verantwortung bewußt zu sein, die die Leitung der Regierungsgewalt auf ihnen lastet. Zu diesem Zweck muß jede, in der Regierung vertretene Partei den Wert zur Sachlichkeit und Unparteilichkeit weiter entwickeln, als es beispielsweise die Sozialisten in der jüngsten Vergangenheit getan haben. Vielfach hat auch die Deutsche Volkspartei die Folgen aus ihrer Regierungsbeteiligung nicht immer gradlinig gesehen. Das Unbefriedigende dieses Zustandes wird veranschaulicht durch die Haltung der sogenannten nationalen Opposition und durch die Verfeinerung, in die sie durch den „Rats Jüngerberg“ geraten ist. Wie anders würden sich die Dinge gestalten, wenn die Rechtsopposition in dieser als historisches Entwicklungsergebnis zu betrachtenden Staatsumwälzung wertvolle Kräfte konzentrierte und kritischen Denkens einleiten würde gegen das forcierte und moralisch unzulässige Entschleunigen, wie es vielen sozialdemokratischen Vertretern des republikanischen Gedankens vorliegt.

Aus Berlin verläuft: Wegen der Ministerreden im Rundfunk und besonders wegen der Ausdrücke: „Verbrechen“, „Schande“ usw. gegen die Teilnehmer am Volksbegehren, ist bei der Staatsanwaltschaft Wobitz Strafverfolgung erlassen worden. Die schriftlichen Ausdrücke hat danach der berechtigte Reichsjustizminister gebraucht.

Abg. Dr. Böhm (D. Vp.) ans: Die eingehende Entscheidung über den Youngplan ist in dem heutigen Stadium unmöglich, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Was das Stahlhelmverbot angeht, so bedauern meine Freunde, daß die Leitung dieses Bundes in die politische Arena hinausgetrieben ist. Das hindert meine Fraktion aber nicht, sachlich die Frage des Verbots zu prüfen. Der Minister hätte hier keine Wähler spielen sollen. Es wäre aus Würde zu begrüßen, wenn die großen Verbände freiwillig ihre Uniformierung aufgeben und zu bürgerlichen Formen zurückkehren würden. Dann Volksbegehren erklärte der Redner, es wäre kein Beamter, der der Deutschen Volkspartei angehöre, seine Unterschrift darunter setzen. „Gerade, weil aber für meine politischen Freunde kein Zweifelhaft vorliegt, halten wir uns für verpflichtet, und für unbefangenen, auch einseitig die Verfassungsfrage zu prüfen.“

Das Unbefriedigende dieses Zustandes wird veranschaulicht durch die Haltung der sogenannten nationalen Opposition und durch die Verfeinerung, in die sie durch den „Rats Jüngerberg“ geraten ist. Wie anders würden sich die Dinge gestalten, wenn die Rechtsopposition in dieser als historisches Entwicklungsergebnis zu betrachtenden Staatsumwälzung wertvolle Kräfte konzentrierte und kritischen Denkens einleiten würde gegen das forcierte und moralisch unzulässige Entschleunigen, wie es vielen sozialdemokratischen Vertretern des republikanischen Gedankens vorliegt.

Über in der Berliner Industrie wurden an der gestrigen Wiese auch mehrere Kreditkündigungen aus Amerika in der westdeutschen Industrie für den 1. Januar bekanntgegeben.

Wir sind der Meinung, daß der Artikel, der die politische Meinungsfreiheit der Beamten verurteilt, eines der wesentlichsten Grundrechte des neuen Reiches darstellt. Es handelt sich hier um eine der ernstlichen Fragen für das Beamtenamt im neuen Staat. Beginnt man erst einmal, das Grundrecht der Meinungsfreiheit auch der Beamten in den für die Willensänderung des Volkes vorgezeichneten Fällen zu beschränken, so ist ein Ende nicht abzusehen. Die Deutsche Volkspartei ist fest entschlossen, diesen Ausfängen aufs entschiedenste entgegenzutreten.

Die Zentrumspartei hat in klarer Erkenntnis ihrer vaterländischen Pflicht sich entschlossen, trotz starker kritischer Einstellung in den Einzelheiten ihre positive und entschlossene Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Wenn aber eine Koalitionspartei von „Anmaßungen Bindungen“ spricht, und eine andere die internen Meinungsverhältnisse ihrer Kabinettsvertreter auf dem Umwege über die Parteiführer schlichten läßt, wenn bei dem letzten Haushaltskompromiß die eigentlich entscheidenden Anregungen ausgerechnet von unserer Partei ausgehen mußten, so dokumentiert sich in solchen Vorgängen ein Aktivitätsmangel der verantwortlichen Regierungsautorität, gegen den sich der gesunde Instinkt des deutschen Volkes mit Recht auflehnt.

Bei Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Berlin wurden zwei Personen durch Messerstiche erheblich verletzt. Die Polizei verhaftete neun Personen. An einer anderen Stelle der Stadt wurden Schächelmer von Kommunisten überfallen und mit Steinen bemordet. Mehrere Personen wurden verwundet. Infolgehaft hat die Polizei bei diesen und anderen Zusammenstößen 28 Personen der politischen Polizei übergeben.

Abg. v. Winterfeld (DnL) gab namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Die preussische Regierung hat durch den Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Wünschen der Beamten vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Aufstellung erheben würde. Im Verlaufe dieser Erklärung wurden die Oberpräsidenten und Landräte in unzulässiger Weise auf die ihnen unterstellten Beamten ein Vergewaltigt stellt die deutschnationale Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen die Disziplinargesetze, verstößt. Andererseits hätte der

Wir halten es für ein unbedenkliches Erfordernis einer nicht zu fernem Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments bekräftigten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Die Vorgesänge in Deutsch-Österreich sollten für jeden ruhigen Beobachter ein Anzeichen dafür sein, daß die Geduld eines jeden Volkes in der Erwartung derartiger Auswüchse und Schicksale eine Grenze hat. Es ist eine verhängnisvolle Auswirkung des Volksbewusstseins, daß es sowohl einzelne Regierungsmitglieder als auch andere Politiker verurteilt, in der Verteilung des Saager Ergebnisses gelegentlich Argumente zu gebrauchen, die sachlich nicht überzeugen würden, und den Eindruck im Ausland hervorgerufen, als ob die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Ergebnis einen mit Jubel zu begrüßenden und abschließenden Erfolg sehe. Einer solchen Verteilung müßte sich die Zentrumspartei nicht anfechtlich können.

Am Donnerstag hat im Reichsinnenministerium eine Reichs-Schulungskonferenz begonnen. Die Kultusminister der Länder sind durch besondere Beauftragte vertreten, für Preußen, Bayern und Sachsen sind die Kultusminister persönlich anwesend. Es sollen grundlegende Fragen des deutschen Unterrichtswesens zur Ausprache stehen.

Abg. v. Winterfeld (DnL) gab namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Die preussische Regierung hat durch den Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Wünschen der Beamten vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Aufstellung erheben würde. Im Verlaufe dieser Erklärung wurden die Oberpräsidenten und Landräte in unzulässiger Weise auf die ihnen unterstellten Beamten ein Vergewaltigt stellt die deutschnationale Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen die Disziplinargesetze, verstößt. Andererseits hätte der

Wir halten es für ein unbedenkliches Erfordernis einer nicht zu fernem Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments bekräftigten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Die Vorgesänge in Deutsch-Österreich sollten für jeden ruhigen Beobachter ein Anzeichen dafür sein, daß die Geduld eines jeden Volkes in der Erwartung derartiger Auswüchse und Schicksale eine Grenze hat. Es ist eine verhängnisvolle Auswirkung des Volksbewusstseins, daß es sowohl einzelne Regierungsmitglieder als auch andere Politiker verurteilt, in der Verteilung des Saager Ergebnisses gelegentlich Argumente zu gebrauchen, die sachlich nicht überzeugen würden, und den Eindruck im Ausland hervorgerufen, als ob die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Ergebnis einen mit Jubel zu begrüßenden und abschließenden Erfolg sehe. Einer solchen Verteilung müßte sich die Zentrumspartei nicht anfechtlich können.

Der näherkommende Reichstagsabend weist die Wiedererörterungen über die kommende Regierungsmehrheit. Die Sozialdemokraten scheinen der bedingungslosen Gefolgschaft der Deutschen Volkspartei nicht mehr ganz sicher zu sein, denn sie verhandeln seit Tagen mit einigen Vertretern der Wirtschaftspartei. Man kann nur annehmen, daß die Frage der eventuellen Regierungsumbildung den Sozialdemokraten Kopfzerbrechen macht.

Abg. v. Winterfeld (DnL) gab namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Die preussische Regierung hat durch den Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Wünschen der Beamten vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Aufstellung erheben würde. Im Verlaufe dieser Erklärung wurden die Oberpräsidenten und Landräte in unzulässiger Weise auf die ihnen unterstellten Beamten ein Vergewaltigt stellt die deutschnationale Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen die Disziplinargesetze, verstößt. Andererseits hätte der

Wir halten es für ein unbedenkliches Erfordernis einer nicht zu fernem Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments bekräftigten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Die Vorgesänge in Deutsch-Österreich sollten für jeden ruhigen Beobachter ein Anzeichen dafür sein, daß die Geduld eines jeden Volkes in der Erwartung derartiger Auswüchse und Schicksale eine Grenze hat. Es ist eine verhängnisvolle Auswirkung des Volksbewusstseins, daß es sowohl einzelne Regierungsmitglieder als auch andere Politiker verurteilt, in der Verteilung des Saager Ergebnisses gelegentlich Argumente zu gebrauchen, die sachlich nicht überzeugen würden, und den Eindruck im Ausland hervorgerufen, als ob die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Ergebnis einen mit Jubel zu begrüßenden und abschließenden Erfolg sehe. Einer solchen Verteilung müßte sich die Zentrumspartei nicht anfechtlich können.

Aus Weimar verläuft, daß dort seit einigen Tagen neue Besprechungen über die Frage einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen Sachsen und Thüringen stattfinden. Andererseits sollen ähnliche Verhandlungen mit Preußen geplant sein, so daß es sich wohl nicht um eine wirtschaftliche Verwaltungsgemeinschaft, sondern um Eigenmaßnahmen zwisch Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung handelt.

Abg. v. Winterfeld (DnL) gab namens seiner Fraktion folgende Erklärung ab: „Die preussische Regierung hat durch den Ministerpräsidenten gestern im Landtag erklären lassen, daß sie die Beteiligung von Beamten am Volksbegehren nicht mit den Wünschen der Beamten vereinbar hält und daß sie Verträge gegen diese Aufstellung erheben würde. Im Verlaufe dieser Erklärung wurden die Oberpräsidenten und Landräte in unzulässiger Weise auf die ihnen unterstellten Beamten ein Vergewaltigt stellt die deutschnationale Landtagsfraktion fest, daß durch die Zulassung des Volksbegehrens durch den Reichsminister des Innern zum Ausdruck gebracht ist, daß das Volksbegehren nicht verfassungswidrig ist, also die Beteiligung daran gegen keinerlei gesetzliche Bestimmungen, insbesondere auch nicht gegen die Disziplinargesetze, verstößt. Andererseits hätte der

Wir halten es für ein unbedenkliches Erfordernis einer nicht zu fernem Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments bekräftigten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Die Vorgesänge in Deutsch-Österreich sollten für jeden ruhigen Beobachter ein Anzeichen dafür sein, daß die Geduld eines jeden Volkes in der Erwartung derartiger Auswüchse und Schicksale eine Grenze hat. Es ist eine verhängnisvolle Auswirkung des Volksbewusstseins, daß es sowohl einzelne Regierungsmitglieder als auch andere Politiker verurteilt, in der Verteilung des Saager Ergebnisses gelegentlich Argumente zu gebrauchen, die sachlich nicht überzeugen würden, und den Eindruck im Ausland hervorgerufen, als ob die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Ergebnis einen mit Jubel zu begrüßenden und abschließenden Erfolg sehe. Einer solchen Verteilung müßte sich die Zentrumspartei nicht anfechtlich können.

Das Pariser „Welt Journal“ kommt auf Gustav Seyditz zurück. Deutschland solle das linke Rheinufer abtreten und dafür eine große französische Kolonie im Umfang von Madagaskar erhalten. „Welt Journal“ schreibt, „französische Politiker schweigen zu diesem Plan, aber er wird aus den öffentlichen Erörterungen vorerst nicht mehr verschwinden“.

Die der Volkspartei nahegehende „D.N.S.“ berichtet: „Wie wir zuverlässig erfahren, haben Oberpräsidenten verschiedener Provinzen die ihnen nachgeordneten politischen Beamten darauf hingewiesen, daß unter Umständen schon für die nächste Zeit ein allgemeines Verbot des Stahlhelms für das ganze Reich ausgesprochen würde. Diese uns einmündiger Quelle zugehende Mitteilung muß deshalb höchst merkwürdig berühren, weil der für das Verbot des weidischen Stahlhelms angegebene Grund des militärischen Vandalenverhaltens als Vorbild für den Gesamtstaat nicht in Frage kommen kann. Es scheint deshalb die Behauptung immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die Begründung des weidischen Verbotes nur ein Vorwand gewesen ist, daß es sich um eine Gewaltmaßnahme handelt, die jetzt ihre Ausdehnung erfahren soll. Im übrigen scheint sichhaltendes Material für ein

Wir halten es für ein unbedenkliches Erfordernis einer nicht zu fernem Zukunft, Sicherungen dafür zu schaffen, daß die verantwortliche Arbeit einer einmal gebildeten und durch das Vertrauen des Parlaments bekräftigten Regierung nicht durch jeden Stimmungswechsel innerhalb der Regierungsparteien gehemmt wird. Die Vorgesänge in Deutsch-Österreich sollten für jeden ruhigen Beobachter ein Anzeichen dafür sein, daß die Geduld eines jeden Volkes in der Erwartung derartiger Auswüchse und Schicksale eine Grenze hat. Es ist eine verhängnisvolle Auswirkung des Volksbewusstseins, daß es sowohl einzelne Regierungsmitglieder als auch andere Politiker verurteilt, in der Verteilung des Saager Ergebnisses gelegentlich Argumente zu gebrauchen, die sachlich nicht überzeugen würden, und den Eindruck im Ausland hervorgerufen, als ob die Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Ergebnis einen mit Jubel zu begrüßenden und abschließenden Erfolg sehe. Einer solchen Verteilung müßte sich die Zentrumspartei nicht anfechtlich können.

Nach einer Pariser Meldung ist es in Algier zu einem schmerzhaften Feuergefecht zwischen den Anhängern des Stammes Ait Hammou und einer Abteilung von Fremdenlegionären gekommen. Die Legionäre töteten 50 tote und mehrere Verwundete auf dem Schlachtfeld zurückgelassen haben.

Die der Volkspartei nahegehende „D.N.S.“ berichtet: „Wie wir zuverlässig erfahren, haben Oberpräsidenten verschiedener Provinzen die ihnen nachgeordneten politischen Beamten darauf hingewiesen, daß unter Umständen schon für die nächste Zeit ein allgemeines Verbot des Stahlhelms für das ganze Reich ausgesprochen würde. Diese uns einmündiger Quelle zugehende Mitteilung muß deshalb höchst merkwürdig berühren, weil der für das Verbot des weidischen Stahlhelms angegebene Grund des militärischen Vandalenverhaltens als Vorbild für den Gesamtstaat nicht in Frage kommen kann. Es scheint deshalb die Behauptung immer mehr an Wahrscheinlichkeit, daß die Begründung des weidischen Verbotes nur ein Vorwand gewesen ist, daß es sich um eine Gewaltmaßnahme handelt, die jetzt ihre Ausdehnung erfahren soll. Im übrigen scheint sichhaltendes Material für ein

Nach einer Pariser Meldung ist es in Algier zu einem schmerzhaften Feuergefecht zwischen den Anhängern des Stammes Ait Hammou und einer Abteilung von Fremdenlegionären gekommen. Die Legionäre töteten 50 tote und mehrere Verwundete auf dem Schlachtfeld zurückgelassen haben.

Der Pariser „Matin“ meldet: Der russische Bolschewist Domanenkoff ist zum Verurteilung nach Moskau berufen. Der Bolschewist hat bisher keine Wskhaft verurteilen lassen, diesem Ruf nicht Folge zu leisten.

Der Pariser „Matin“ meldet: Der russische Bolschewist Domanenkoff ist zum Verurteilung nach Moskau berufen. Der Bolschewist hat bisher keine Wskhaft verurteilen lassen, diesem Ruf nicht Folge zu leisten.

Der Pariser „Matin“ meldet: Der russische Bolschewist Domanenkoff ist zum Verurteilung nach Moskau berufen. Der Bolschewist hat bisher keine Wskhaft verurteilen lassen, diesem Ruf nicht Folge zu leisten.



Für jeden, der den verwinkelten Fragenkomplex nur einigermaßen durchsichtig hat, kann kein Zweifel bestehen, daß diese Kompromisse sich der Entscheidung durch das Volksbegehren entziehen. Die Forderungen der §§ 1 und 2 sind von verschiedenen deutschen Regierungen längst erfüllt und werden weiter verteidigt werden müssen. § 3 konstituiert einen Zusammenhang zwischen Kriegsschuld und Reparationen, dessen Behauptung wir nicht als im deutschen Interesse ansehen können. § 4 richtet sich in den Augen jedes vernünftigen Menschen von selbst.

Sollte die deutsche Volksvertretung zur Annahme des Youngplans schreiten, ist die Annahme nur zu verantworten unter der Voraussetzung, daß man rückwärtslos und auch um den Preis starker Opfer die innerpolitischen Konsequenzen zieht, die sich aus einem unentgeltlichen "Ja" unumkehrbar ergeben. Die deutsche Volkswirtschaft kann es unter keinen Umständen ertragen, daß die finanziellen Verpflichtungen aus dem Youngplan unprobitar oder zur Ausschöpfung der vielfach unvollständig ausgenutzten Reserven verwertet werden. Allerdings muß auf dem Exportmarkt der innerpolitischen Isolation Ausgleich und Schutz der wirtschaftlich Schwachen stehen. Jedenfalls liegt der Schwerpunkt der notwendigen Sparmaßnahmen in der Beschränkung der öffentlichen Hand.

Die Zentrumspartei wird sich mit aller Energie für jedes Gesundheits- und Sparprogramm einsetzen. Sie erwartet, daß alle Parteien, die bereit sind, den Youngplan zu bejahen, sich auch bereit finden, Sicherungen für die Durchführung dieses Sanierungsprogrammes zu bieten. Ohne solche sicheren und stichfesten Sicherungen scheint uns kein Reparationsabkommen möglich.

Ein "Ja" zum Youngplan würde eine neue Behauptung deutscher Verständlichkeit, und operativer Friedenspolitik sein, wie sie einrückender nicht gedacht werden kann. Die deutsche Volksvertretung sollte sich am Anfang an sich auf die heutigen Tag unter der Tatsache gestellt, daß sie von den beständigen Kriegen des Auslandes nicht in dem Maße heimgespart worden ist, wie sie es verdient. Sie war aber mindestens ebenso eine deutsche Bevölkerung als die Friedensbevölkerung Europas wie ein beherrschter, allzu beherrschter Erfolg für das nationale Eigeninteresse Deutschlands. Die Plauderei des Krieges ist im Gange, aber noch nicht beendet, wesentliche Maßnahmen sind noch zu handhaben und die Form der Verantwortung war niemals weniger gleichgültig als jetzt. Ich denke dabei vor allem an die deutsche Saar.

Das Besondere an diesen Erklärungen des Zentrumsvorstandes sind nicht so sehr, daß es an die Sozialdemokratie forderungen stellt, die diese nicht erfüllen kann, und daß es gleichzeitig mit der Kritik an der nationalen Opposition die vorläufige Aufforderung zur Mitarbeit richtet. Die Rede scheint demnach die Bildung einer Reichsregierung zu empfehlen.

Protest der Bayerischen Volkspartei gegen "Großpreußen".

Auf einer Massenversammlung der Bayer. Volkspartei in München erklärte gestern der Minister Schmelze. Wenn ein Reichsantrag ausging, so würde dies den letzten Akt abgeben. Die Selbstständigkeit der Länder bedeuten. Der Paragraph 3 bildet die Grundlage der Errichtung einer Reihe kleinerer Länder. Wird er beibehalten, so ist es um sie zu streben, und sie müssen sich, wie wollen oder nicht, an Preußen anlehnen. Auch für Bayern

Was unsere Väter aßen ...

Die Ernährungsweise unserer Vorfahren war vor zehntausend Jahren überaus einfach und künftlos, beinahe ärmlich, selbst bei reichen und vornehmen Leuten. Noch zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden die Germanen nichts von den Geheimnissen der Küche. Getreide und Gemüse kannten sie nicht, sie stellten lediglich den Hunger. Die Beute der Jagd und des Fischfangs wurde in rohen oder halbsoßen Zustände genossen, und was Vieh und Acker an Nahrungsmitteln lieferten, bot wenig Auswahl.

Aus Wasser, Gerste und Getreide bestand das Brot und der Rest Reben, Honig, Milch und Käse war das Fastenessen, die wichtigste Nahrung des Volkes. Butter galt als eine Speise der Reichen. Gemüse und edles Obst fehlten, nur milde Baumfrüchte waren zu haben. Hühner, Gänse, Enten, und auch edlere Wildvögel gab es. Wein wurde mit besonderer Sorgfalt gezogen, sie ertrudten oft die Größe eines Ackerfeldes. Das Fleisch von wild lebenden und zahmen Tieren, von gemästeten Schweinen und Geflügel, als man sich mit der Zeit zu den verschiedenen Arten der Viehzucht wandte. Da wurde es gekostet, und mit der Würze und dem darauffolgenden Fett genossen. Ein gelattetes Kalb war das beste Gericht. Der allgemeine Beliebtheit erlangte jedoch das Schweinefleisch. Man sichtete Schweine in großer Menge und labte sich an der fetten Kost, vornehmlich an Speck, der roh und gefettet gegessen wurde. Ferkeln und Mägen von wilden Tieren und Geflügel, die mehr die Zeitungen im Laufe der Zeiten mit den Römern verkehrten, desto mehr schätzte man die alte Einfachheit des Lebens. Römische Kaufleute, die in den Grenzstädten ihre Stapel-

ist der Paragraph 35 eine Lebensfrage. Würde sich nicht, und käme dazu, so noch die Kürzung des Anteils von 75 auf 60 Prozent gleichzeitiger Herabsetzung des Steuerfußes der hohen Einkommen und der Erhöhung des Existenzminimums, so entstände für Bayern ein Rückfall von 122 Mill. RM. Das Land Bayern würde sich

in kurzer Zeit vor die Unmöglichkeit gestellt sehen, seinen Staatshaushalt aufrechtzuerhalten.

Bayer verlangt, daß das Reich seinen Verpflichtungen Bayern gegenüber nachkomme. Niemand wird man es erreichen, daß Bayern auf seine staatliche Selbständigkeit verzichte, und in einen großpreussischen Einheitsstaat aufgelöst.

Neue Freiheitsbeschränkungen.

Ein Atlas Grzejnists.

Die das "Tempo" mittelt, ist für die allerersten Teil ein Erlaß des preussischen Innenministers zu erwarten, der die Polizeibehörden anweisen würde, Verordnungen, auch wenn sie in geschlossenen Räumen stattfinden, von vornherein zu verbieten, wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie zu erheblichen Störungen der Ruhe und Ordnung führen werden. Außerdem sollen die mit der Überwachung der Verordnungen betrauten Polizeibeamten, wie nach dem früheren Vorgehen, in Uniform in den Verordnungslokalen erscheinen, um jederzeit in der Lage zu sein, entsprechend den gefälligen Bestimmungen einzugreifen.

Wir wir von zünftiger Seite hören, stehen die Einzelheiten des vorgesehenen Erlasses noch nicht fest, jedoch heute, spätestens morgen, veröffentlicht werden.

Amtsenthhebung

wegen Unterzeichnung eines Volksbegehrens aufreißt.

Die das sozialistische Zentralorgan, der "Vorwärts", berichtet, ist Düsseldorf keines Ansehens worden, weil er einen Aufruf zur Teilnahme an dem Volksbegehren unterschrieben hat. Das Disziplinarverfahren gegen Bierbach ist bereits eingeleitet worden.

200—250 Millionen nötig für Arbeitslosenversicherung.

Der Vermittlungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat vorgeschlagen, die Arbeitslosenversicherung und die Reform der Arbeitslosenversicherung und behandelt die ihm durch die Modelle zugewiesenen neuen Ausgaben. So läge er die erforderlichen Beiträge zu den Fragen der berufstätigen Arbeitslosigkeit und trat in eine ernste Ausdrucksweise über die Neuregelung der Versicherung für Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter ein.

In einem zusammenfassenden Bericht stellte Präsident Dr. Schönlank die wichtigsten Bestimmungen dar, die der Verwaltung eine Handhabe zur wirksamen Bekämpfung missbräuchlicher Inanspruchnahme der Versicherung geben. Anknüpfung an die Darlegung der durch die Modelle geschaffenen Erparnisse, die auf etwa 100 Mill. RM jährlich geschätzt werden können, gab der Präsident ein.

Bild der finanziellen Lage der Reichsanstalt. Danach werden sich Einnahmen und Ausgaben etwa bis Anfang November die Wage halten. Der in den Sommermonaten angefallene Verlust von nur 28 Mill. RM dürfte vorwiegend bis Mitte Dezember ausreichen. Das Beitragsaufkommen hat sich günstiger entwickelt, als seiner Zeit bei der Vorbereitung des geltenden Gesetzes angenommen wurde, so daß die Reichsanstalt künftig etwa 850 000 Hauptunterstützungsempfänger im Jahresdurchschnitt aus eigenen Einnahmen tragen kann. Doch hat sich die Zahl der sehr unglücklichen Monate April und Mai die Durchschnittszahl für die letzten 6 Monate erhöht auf 925 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Angesichts der vielen unüberwindlichen Faktoren, insbesondere der Witterung, der allgemeinen Konjunktur und des Kapitalmarktes ist eine länger-

plage hatten, brachten Schmuddaschen, allerlei nützliches Hausgerät, aber auch neue, bisher unbekannte Genussmittel, vor allem Gemüse, zu den verschiedenen deutschen Volkern. Viele deutsche Völker, die im schiedlichen Bereich, lernten die Annehmlichkeiten römischer Lebensweise aus nächster Nähe kennen. Und schnell nahm man von den Römern die Art und Weise der feineren Speisezubereitung an.

Fehlens die Franzosen machten sich am besten mit allen Geheimnissen der Kochkunst vertraut. Schon zur Zeit der Merowinger gab es unter ihnen Feinschmecker, an welchen selbst die Griechen, der berühmte Feinschmecker und Schlemmer unter den Römern, keine Freude gehabt hätte.

Vorwiegend von heute würden germanischen Feinschmecker und heute das Wohlleben ihres Stammes nachzählen, wenn sie wüßten, welche ausgezeichneten Wissen auf damaligen Festen zum Vorschein kamen. Ein delikates Rezept ist es, das in der Delikatesse des römischen Lebens, die im geschiedlichen Gebiet zum Nachhinein, während in den römischen Formen, Bräuneln und andere Feinheiten verschiedener Art. Nach Einführung des Weines durch die Römer fehlte es neben Met, Bier und Wein. Die Weinbereitung ist an einen alten Tropfen. Ein harter ungemäßigter Feinschmecker von Kampinien Sonne gereift, war eine feine beliebte Martel. Noch mehr galten die edlen schweren Sorten aus Palästina und die weichen Weine aus Oxyria. Die weichen einheimischen oder aus Gallien eingeführten Weine waren an jener Zeit wenig beliebt. Man trank sie, da sie zu leicht waren, auch nicht blank, sondern mischte sie mit Wasser und Honig oder machte sie durch alle Arten Würzen und Zutaten fröhlicher. Und mit dem Wein kamen von Jahrestag zu Jahrestag mehr angenehme Dinge aus allen Völkern Welt auf die Insel, so daß man heute von speziellen Feinschmecker ein Glas Wein nach dem anderen trinken kann. Die Weinbereitung ist heute da die seine Küche durchaus international ist.

3. M.

Brau gib's den Beamten schriftlich.

Der "Vorwärts" teilt mit: Die Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten im Landtag über die Aufstellung des preussischen Kabinetts hinsichtlich der Teilnahme der Beamten am Volksbegehren und die Stellungnahme des Reichsinnenministers zu dieser Frage sind vom preussischen Innenminister inzwischen allen nachgeordneten Behörden nochmals schriftlich übermittelt worden. Der preussische Innenminister hat gleichzeitig geäußert, die Erklärungen allen Staats- und Gemeinbeamtinnen zur Kenntnis zu bringen und alle Beamten, die gegen die Auffassung der Reichs- und preussischen Regierung handeln, zu melden.

Die übrigen preussischen Minister werden ähnlich verfahren und die ihnen nachgeordneten Behörden ebenfalls zur Meldung der pflichtwidrigen Beamten auffordern.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat, gemäß ihrer Auffassung, den Staatsgerichtshof angerufen, um ein Feststellungsgericht über das Recht der Beamten zu ermitteln, sich an dem Volksbegehren zu beteiligen. Mit dem Antrage hat die Landtagsfraktion den Antrag auf sofortigen Erlass einer einstweiligen Verfügung verbunden, durch die dem preussischen Staatsministerium ausdrücklich untersagt werden soll, Beamten, die sich in die Listen für das Volksbegehren eintragen, irgendwelche Nachteile anzudrohen.

Maßen sicheres Voraussetzungen über die Belohnung der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter kaum möglich.

Immerhin muß wohl mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß eine Ziffer von, mindestens 1,85, wahrscheinlich aber von 1,8 Mill. unterstützungsberechtigter Arbeitsloser im Durchschnitt der Wintermonate erzielt werden wird. Der Betrag von 68 Mill. RM, der im Reichshaushalt für Darlehen an die Reichsanstalt noch zur Verfügung steht, wird daher bei weitem nicht ausreichen. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß das erforderliche Darlehen bis zur Größenordnung von 200 bis 250 Mill. RM ansteigen kann.

Der Präsident richtete mit Zustimmung des Vermittlungsrates an die anwesenden Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den dringenden Appell, dahin zu wirken, daß die Reichsregierung bei ihren Beschüssen der schweren Lage der Reichsanstalt Rechnung trägt.

Kein Abbruch der Anleiheverhandlungen mit dem Schwedentruif.

Zu der Meldung einiger Berliner Blätter, daß die Anleiheverhandlungen der Reichsregierung mit dem Schwedentruif gescheitert seien, da die Frist, die Kreuzer der Reichsregierung gestellt habe, abgelaufen sei, wird von dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt, daß die Verhandlungen nicht gescheitert seien, sondern weiterläufen. Die Rechte Kreuzers nach Con-

Der Leipziger Thomanerchor kommt nach Halle.

Der Thomanerchor kommt das erste Mal nach Halle am Sonntag, dem 27. Oktober in die Markthalle. Er führt unter Leitung des Thomaskantors Professor Dr. D. Karl Straube, sein Wunder, wenn von auswärts unaufrichtig von Musikanten dieletzt und jenseits der Reichsgrenzen zahlreiche Einladungen erhalten, der Leipziger Thomanerchor mit seinem weitverbreiteten Namen stark Straube an der Spitze, solle in fremden Ländern gefällige Konzerte geben: Im Norden und im Süden von Deutschland, in Basel und Zürich und Bern, in den germanischen Sprachinseln in Prag, Wien, in Göttingen und Eslo und im nordwestlichen Bayern, in Stockholm und im preussischen Dom zu Wipala haben die Thomaner Proben ihres könnens abgelegt und zugleich für das Deutschland im Ausland geworben.

Zahllose andere Einladungen zu Konzerten an allen Teilen Deutschlands und auch aus dem Ausland, sind in allen diesen Jahren an den Thomanerchor ergangen, so auch aus Amerika von den prächtigsten Kirchenorgeln der Vereinigten Staaten.

Da die Sänger gleichzeitig Gumnastiker sind, mußte die Mehrzahl der Einladungen von den Vereinen der Gumnastik in Auftrag gegeben, daß nun Halle den Vorzug im Bereich haben wird, die Thomauer als Gäste zu begrüßen und zu hören. Um einen Überblick über den Besuch zu bekommen wird gebeten, Voranmeldungen baldigst bei H. Postjan abzugeben.

Ein unbekanntes Madonnenbild von Raffael aufgefunden

Von dem gemalten Bild in Paris weichen die beiden Gemälde, die Dr. W. S. Adels, Direktor der Kunsthistorischen Kommissionen in Paris, in Privatbesitzungen eine bisher noch unbekanntes Madonnenbild von Raffael aufgefunden.

don habe mit der Angelegenheit nicht das geringste zu tun.

Gerner sei weder von Kreuzer noch von der Reichsregierung eine Frist gestellt worden. Von Parallelerhandlungen Kreuzers mit den Rufen sei nichts bekannt.

Falsche Gerüchte über den Reichspräsidenten.

Aus Berlin wird halbamtlich mitgeteilt: Die von Zeit zu Zeit auftauchenden Gerüchte über ein mögliches Abtreten des Reichspräsidenten, die in einzelnen Teilen des Reiches erneut wieder umeulaufen, sind völlig gegenstandslos. Der Herr Reichspräsident erfreut sich bester Gesundheit.

Aufhebung der Beschlagnahme von Sammelbriefen für das Volksbegehren.

Aus Berlin verlautet: Zu der Nachricht, daß der freiwilligere Landrat im Kreise Wartig (Vormerke) gegen die Beschlagnahme der Briefe (Volksbegehren) eingeschritten sei und diesen sowie gesammelte Briefe beschlagnahmt habe, teilte die Reichsregierung mit, daß der preussische Innenminister den Landrat telegraphisch angewiesen hat, die Beschlagnahme der Briefe und Gelder sowie das Verbot der Sammlung unverzüglich aufzuheben, da politische Beschlagnahmen einer Genehmigung nicht unterliegen, und diese Maßnahmen nutzlos seien.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat im Reichstag eine Anfrage an die Regierung hinsichtlich der Behinderung der politischen Meinungsäußerung der Beamten eingebracht.

Die polnische Flugzeugspionage

Täglich wird eine neue polnische Grenzverletzung durch die kriegsraunen polnischen Militärflugzeuge aus Ostpreußen bzw. aus der Grenzprovinz gemeldet. Auch in Berlin wird die Nachricht mitgeteilt, daß es sich um regelrechte planmäßige Spionage handelt. Jeder Mann, der immer noch nicht von den polnischen Spionagemitteln gegen die systematischen Grenzverletzungen in Anwendung zu bringen und die spionierenden Flugzeuge rücksichtslos abzuschießen. In Warschau liegen jetzt 21 unerledigte deutsche Proteste vor.

Die neuen polnischen Deutschenverfolgungen.

Aus Polen verlautet: Der neueste große Schlag gegen das Deutschtum in Polen und Bommereilen nimmt seinen Fortgang. Der Justizbehörden des Führers der deutschen Wanderer, Studienrat Dr. Burdard, ist nunmehr vom Untersuchungsgericht beurlaubt worden. Er wird ihm militärische Ausbildung der deutschen Jugend zur Last gelegt. In der hiesigen Gesellschaftsliste der deutschen Sejmabgeordneten fand eine umfangreiche Ausweisung statt, die fünf Stunden dauerte. Befehlendes Material wurde ebenfalls beurlaubt nicht vorgefunden. Die polnische Presse nimmt von den Vorkäufen, die Gegenüber zu früher, so gut wie gar keine Notiz.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, daß diejenigen arbeitslosen lausitzischen Arbeiter des Grenzgebietes, die die ihnen angebotene Arbeitsmöglichkeit in den französischen Gebieten verweigern, der Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen.

Der Geschäftsträger der albanischen Gesandtschaft in London gibt bekannt, daß er am Donnerstag eine amtliche Mitteilung vom Hauptquartier Nadr Khans erhalten habe, in dem die einstimmige Wahl Nadr Khans zum albanischen König durch die Nationalversammlung bestätigt wurde.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, daß diejenigen arbeitslosen lausitzischen Arbeiter des Grenzgebietes, die die ihnen angebotene Arbeitsmöglichkeit in den französischen Gebieten verweigern, der Arbeitslosenunterstützung verlustig gehen.

Die Erforschung der Fauna im inneren China.

Die im Vorjahre zur Erforschung der Fauna und Flora der Provinz Kiangnan auf der ethnischen Zentralregierung entsandte biologische Expedition, an der auch zwei deutsche Gelehrte teilgenommen haben, hat ihre Arbeiten beendet und ist nun wieder nach Hause beurlaubt. Die Expedition hat 40 verschiedene Arten von Säugetieren, die zum Teil wissenschaftlich noch nicht beschrieben sind, mitgebracht. 380 verschiedene Arten Vogel, 50 verschiedene Arten von Reptilien, 30 Arten von Amphibien, mehr als 110 bisher unbekannte Fische, 300 verschiedene Arten von Weichtieren und über 3000 Pflanzen, die noch der näheren Bestimmung bedürftig sind.

Wiedereinführung der Pflanzenzucht in Oesterreich.

Im österreichischen Landtag wird ein Antrag für die Wiedereinführung der Pflanzenzucht, die 1920 in Oesterreich abgeschafft wurde, vorbereitet. Schon jetzt haben die einzelnen Bundesländer es in der Hand, durch Konventionen die Wiedereinführung der Pflanzenzucht im gewissen Umfang eine Zeitlang durchzuführen. Die Landesregierung hat auf einer grundsätzlichen Basis regeln würde.

Aus der Heimat

Bürgerliche Einheitsliste. Oberöbblingen. Eine Vorgesprächung über die kommende Gemeinderatswahl...

Kalbe. Es ist gelungen, unter Ausfaltung aller parteipolitischen Gesichtspunkte, eine bürgerliche Einheitsliste zu der am 17. November stattfindenden Stadterverordnetenwahl aufzustellen...

Strom von Groß-Ragna bis Bleicherode.

Oberöbblingen. Nachdem im vergangenen Herbst die 10000-Volt-Leitung von Groß-Ragna nach dem Umformwerk Oberöbblingen des Hochlandwerks Schölkoten in Betrieb genommen worden ist, ist jetzt eine bedeutende Erweiterung dieses Netzes geplant...

Nach Veruntreuungen verschwinden.

Seiffels. Der bei der hiesigen Zinnetalle des Arbeitsamtes (Stischen) angestellte Fritz Schmidt war berechtigt, Gelder bei der Verbandspartei abzurufen. Unberechtigterweise hob nun ein, aus einem Betrag von 400 Mark ab, den er für sich verwendete...

Unterliegende Krankenpflege.

Dornburg a. S. Der Geschäftsführer und Kassierer der hiesigen Krankenkasse, Karl Kr., hat sich schwere Verfehlungen im Amt zuzuschreiben kommen lassen, die zur vorläufigen Amtsenthebung führten...

4 Markt der Zentner Pflaumen.

Hellensbach. Ungeheure Mengen Obst werden in diesem Herbst an den Hiesigen Waghäusern verladen. Manche Dörfer haben 700 bis 1000 Zentner Pflaumen aufzunehmen...

Srau Else und seine Sonten.

Roman von Clara Berg. Urheberschaft der Stuttgarter Romanzentrale S. Ademann, Stuttgart. (H. Fortsetzung.) (Schlußwort verboten.) Ihre schroffe Art befremdete mich und verließ mich...

Nur keine Pflichtarbeit.

Erwerbslosenauerschreitungen. — Kommunifische Hehe. Terror gegen Arbeitswillige.

Gotha. Der Denkmalsplatz in Gotha, auf dem vor zwei Jahren das Denkmal für die gefallenen Ober- und Frontverwundeten errichtet wurde, soll jetzt für eine im nächsten Jahr geplante Hofkapelle vorgeeicht werden...

Wie der rote Landrat gegen das Volksbegehren kämpft.

Schleifungen. Im Mittwochnachmittag hatte der sozialistische Landrat Gerth des Kreises Schleifungen die Gemeinde- und Amtsvorsteher zu einer Besprechung über die bevorstehenden Kreisrats- und Landtagswahlen zu sich bestellt...

Der Vogelgefang in neuer Gestalt.

Altersleben. Im Herbst vorigen Jahres hatte die Stadt die Gemefische Wäpfe gekauft und abreißen lassen, so in einen Durbruch nach dem Vogelgefang gefahren...

Ein verunglückter Feuerfchüler.

Böhlen. Ein Feuerfchüler, der in einer Gastwirtschaft seine Kenntnisse vorführen wollte, hatte verunglückt, seine Benzinflasche zu zerbrechen...

Einbrecher im Kino.

Leipna. In der Nacht zum Mittwoch bemerzte ein Wächter der Bad- und Schließgesellschaft, daß die Eingangstür zum Lichtspieltheater, das Schauburg, Antonienstraße 21, unversichert war...

Grasftramma.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde im Gasthof „Zum goldenen Anker“ ein Einbruch verübt. Die Diebe stieg durch ein Fenster in die Gaststube ein...

Artern. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde im Gasthof „Zum goldenen Anker“ ein Einbruch verübt.

Die Diebe stieg durch ein Fenster in die Gaststube ein und erbeutete aus dem Schrank über 400 Zigaretten, Schokolade, Wein, eine Tischdecke und eine Damen-Handtasche.

Rüben-Angetüm.

Wolken. Der Lebensmittelhändler Meißel konnte auf seinem in der Nähe der Fabrik gelegenen Rübenfeld eine Rübe von 20 1/2 Pfund Gewicht ernten.

Der Belastungszeuge unglauwbüdig.

Naumburg. Das hiesige Schöffengericht hatte den Rechtsanwalt Dr. Konrad Land 2 b e r g hier, nach § 175 StGB, an Stelle von sechs Monaten Gefängnis zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt...

Brand der Breckenföhle.

Breckenherden. Am Mittwoch in früher Morgenstunde erlosch das Feuerfchloß. Die zum Ort gehörende Breckenföhle im Selbsthand in Flammen. Die Driftfeuerwehr war bald an der Brandstätte, doch Scheune und Heu waren bereits niedergebrannt...

Gleifherdtöpfe.

Duelchenberg. Infolge der Trockenheit ist in der Duellchenhölle der Wasserpegel gesunken und es war möglich, weiter als sonst vorzudringen...

Der ermordete Gutsbesitzer doch beraubt.

Uffenburg. Der bei Schmölln ermordete Gutsbesitzer Koch aus Tappelau war in seinem Gutbesitzerkreise allgemein beliebt und hat auch keine Feinde gehabt...

Aus der Gemeindevertretung.

Wilsdorfode. Am 14. Oktober fand im Jugendheim eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Es wurde beschlossen, die Wohnungswirtschaft aufzubauen...

Wie der rote Landrat gegen das Volksbegehren kämpft.

Schleifungen. Im Mittwochnachmittag hatte der sozialistische Landrat Gerth des Kreises Schleifungen die Gemeinde- und Amtsvorsteher zu einer Besprechung über die bevorstehenden Kreisrats- und Landtagswahlen zu sich bestellt...

Wie der rote Landrat gegen das Volksbegehren kämpft.

Schleifungen. Im Mittwochnachmittag hatte der sozialistische Landrat Gerth des Kreises Schleifungen die Gemeinde- und Amtsvorsteher zu einer Besprechung über die bevorstehenden Kreisrats- und Landtagswahlen zu sich bestellt...

Freitag, Sonnabend, Montag DOBKOWITZ

drei billige Strumpftage bei

Möbel

In Ihrem Interesse
 raten wir Ihnen, bei Kauf eines **Herrn-, Speise-, Schlafzimmers** oder **Küche** sich von unseren Preisen und Qualitäten zu überzeugen. Wir führen nur gute solide Waren und geben auf Wunsch, bei sofortiger Lieferung und strengst. Diskretion einen **Kredit bis zu 24 Monaten**.
 Nehmen Sie bitte eine Postkarte und vermerken Sie darauf, für was Sie Interesse haben, damit wir Ihnen mit Katalog, Preis u. Zahlungsbedingungen dienen können.

Naumburger Möbelhaus
 Gr. Neustr. 42. Telefon 679.
 Inh.: Otto Richter
 Naumburg a. S. 43
 — Katalog Preisliste gratis! —

Einige große sowie kleine echte Wertgegenstände
 auch Verbindungsstücke verkauft bei Umstände wegen sehr billiger, evtl. späterer Zahlung. Alles ausgeführt solche Stücke. Diskret. erb. u. angeh. Entloshen unter B 819 an die Exped. d. Bl.

Neu aufgenommen! Kunststopferei Handweberei
 Beschädigungen an Kleidungsstücken, welche durch Risse, Brand, Mottenfraß usw. entstanden sind, werden durch kunstgerechtes Weben od. Stopfen fast unsichtbar beseitigt.
 Um gültigen Zuspruch bittet:
Frau M. Jaroni
 Annahme: Merseburg, Wagnerstraße 5.

Sprechapparate Schallplatten Nadeln — Ersatzteile Reparaturen
Max Schneider, Markt 24.

Auto-, Motorrad-Zylinder-Schleiferei
Oswald Beyer
 Merseburg, Gutenbergstraße Nr. 13
 Fernruf 807 (2807)

Empfehlenswerte Vergnügungs- u. Gaststätten

Aus der Umgebung

<p>Frankleben Gasthaus. Inh.: Hans Förtsch, ff. Engelhardt u. Bayrische Biere. Gute Küche, schönes Gastzimmer, großer Saal, schattiger Garten, Bundeskegelbahn.</p>	<p>Nieder-Beuna Zum Bahnhof, Inh.: Otto Zätzsch Sonntag, den 20. Okt., von abds. 7 Uhr an groß. Herbst-Ball Flotte Musik! Neueste Tänze!</p>	<p>Leuna Pfälzer Hof Treffpunkt der Pfälzer u. Rheinlnd. Spezialhaus für die guten Pfälzer Weine. Abgabe auch außer dem Hause in Flaschen. Bestgepflegtes Sternburg.</p>
<p>Frankleben Siebecks Gastwirtschaft Bestes und größtes Lokal am Platze, schöner schattiger Garten, groß. Tanzsaal, Bundeskegelbahn.</p>	<p>Ober-Beuna Zur goldenen Krone Inh.: Hermann Wünsche ff. Sternburg-Biere — Gute Speisen preiswert — Großer Saal.</p>	<p>Waldhaus Mülchen Schönstes Ausflugstokal des Geiseltales. Herrliche Lage. Gern besucht von Ausflüglern, Schülen und Vereinen.</p>
<p>Gasthof Geiselsröhlitz E. Blauschmidt, Tel. Mülchen 375 Haltestelle der Fernbahn Merseburg—Mülchen. Schöner schatt. Garten. — Großer Parkettsaal.</p>	<p>Collenberg Otto Sinau Beliebter Ausflugsort in der Aue. — Herrlicher Garten, am Teiche gelegen, von Wald und Wiese umgeben.</p>	<p>Gasthaus Trebnitz Bes.: Max Schiele, Tel. 989 Sonntag, 20. 10. Abschließen vom Schützenverein e.V. Nachm. 2 Uhr Preisschießen, abds. 8 Uhr gr. Ball. Der Vergn.-Ausschuß, der Wirt.</p>

Ein famoses Lokal
 und ein tüchtiger Gastwirt, sagen uns jedesmal durch die Anzeige im Merseburger Tageblatt (Kreisblatt) Bescheid, wenn etwas los ist. Fortschrittliche Vergnügungs- und Gaststätten orientieren ihre Gäste nicht nur über Sonderveranstaltungen rechtzeitig, sondern empfehlen sich auch ständig durch eine Anzeige in dem vielbeachteten Merseburger Tageblatt (Kreisblatt). Der Leser des Merseburger Tageblatt bevorzugt die Vergnügungs- und Gaststätten, die steten Kontakt mit ihren Gästen durch die Anzeige in unserem Blatte halten.

Casino-Merseburg
 Original-Richard Leipold-Sänger
 Nur Neuhetten! Ia Künstler!
 „Die von Lande“, Singspiel.
 „Der neue Diener“, tolle Posse.
 Der große bunte Teil: **Quartett — Solo Humor — Tanz — Musik!**
7 Sulmary? 7 Sulmary?
 Karten zu 1.50 (num.) und 1.20 Mark bei R. Schurig, Obere Breitestraße und Sonntag ab 3 Uhr im „Casino“.

Daspig
 Sonntag, den 20. Okt. von + Uhr an und Montag, den 21. Okt. von abends 7 Uhr an **großer Kirmesball**
 für ff. Herren- und Damenbraten ist bestens gefeiert. Es ladet freundlichst ein
 G. Schröter
 Gastwirt

Zum Raben Schkopau
 Sonntag, den 20. Oktober
Humor-Abend
 mit Tanz

PUPPENWAGEN
 in großer Auswahl
Friedrich Engel

Einladung zur Generalversammlung
 der Gartenstadt Scopau G. m. b. H.
 Montag, den 4. November, abends 6 Uhr in Merseburg, Poststraße 14 (Geschäftszimmer des Vorstands).
Tagesordnung:
 1. Satzungsänderung.
 2. Wirtschaftliches.
 Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Venkert.

Lehrerliche Lichtspieltheater
Frankleben
 Gemeindegasthof. Sonnabend, den 19. Oktober — 20 Uhr —
 Das große Filmwerk:
 „Wien, Wien nur Du allein.“
 6 Akte. Hierzu der Wildwestfilm Tom Mix in „Die Todesfahrt auf dem Black River.“
 Ein neues atemberaubendes Abenteuer des tollkühnsten Cowboys, der aus den Stromschnellen des Black River seine Geliebte rettet. 5 Akte.

Kaffeehaus Meuschau
 Sonntag, den 20. und Montag, den 21. Okt.
Kirmes
 ab 1/4 Uhr **großer Ball** mit vollem Orchester.
 Spezialitäten: Hasenbraten, Gänsebraten und reichhaltige Speisekarte. — Gutgepflegte Freybergbiere.
 Um gültigen Zuspruch bittet **Paul Schneider**.

Ausschuß für Bildungswesen Neurössen
 Montag, 21. Oktober 1929, 20 Uhr, für **Anrecht A**
 Dienstag, 22. Oktober 1929, 20 Uhr, für **Anrecht B**
 im Konzertsaal des Gesellschaftshauses Neurössen

Orchester- und Orgel-Konzert
 Orchester: Leipziger Sinfonie-Orchester
 Leitung und Orgel: Günther Ramin, Leipzig
VORTRAGSFOLGE
 1. Ouvertüre zu „Egmont“, op. 84 . L. van Beethoven
 2. Toccata und Fuge D-Moll für Orgel Joh. Seb. Bach
 3. IV. Sinfonie B-Dur L. van Beethoven
 4. Phantastie und Fuge über B-A-C-H op. 46 für Orgel M. Reger
 5. Konzert für Orgel u. Orchester F-Dur G. F. Händel
 Die Saaltüren werden pünktlich um 20 Uhr geschlossen.

Kirmes nach Meuschau!
 Sonntag, den 20. Oktober, von 15 1/2 Uhr und Montag, den 21. Oktober, von 17 Uhr ab
großer Kirmesball.
 Volles Blasorchester. — Für Speisen und Getränke ist best. gefeiert. Es ladet freundlichst ein
Gasthaus Meuschau
 F. A. Sippert.

Der Rundfunk kommt!
Lichtbild-Vorträge Film-Vorführungen Rundfunk-Konzerte Funk-Ausstellung
 Sonnabend, den 19. Oktober, 20 Uhr im „CASINO“-SAAL — Eintritt 20 Pf.

Gasthaus Naundorf
 Sonntag u. Montag, den 20. und 21. Okt. von nachmittags 8 Uhr ab
Großer Kirmesball
 Vorzügl. Küche
 Spezialität: Gänse- und Hasenbraten
 Freundlich ladet ein **Der Wirt**.
 H. Kodelpeter

Gasthaus Lindner.
 Sonntag, den 20. Oktober 1929 abends 8 Uhr, veranstaltet der **Feierverein Kitzschen-Zscherbea** einen
Herbstball
 Es ladet freundlichst ein
 Der Wirt: G. Lindner

Sie finden mich
 auf der **Funkausstellung im Casino**
Radio-Apparate
 Ahemo, Seibt, Nora, AEG, Blaupunkt, Telefunken, Siemens, Mende usw. — Günstigste Zahlungsbeding.
Emil Schütze,
 Merseburg a. S. Bahnhofstraße 8.